

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.: VAL J. PETER, President. 1311 Howard Str., Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Des Moines, Ia., Branch Office: 407-6th Ave. Preis des Tagesblattes: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblattes: Bei direkter Vorauszahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Nebr., Samstag, den 23. Juni 1917.

Prohibition für die Alliierten.

Die Prohibitionisten verlangen, daß in diesem Lande das Brauen von Bier eingestellt werde, da wir kein Getreide verwenden dürfen, welches dazu Verwendung finden kann, um die Alliierten mit Brodstoffen zu versehen. Schreibt die New Yorker „Evening Mail“.

Aber wie werden gegenwärtig die Alliierten große Mengen Getreide, welche für andere als Ernährungszwecke verwendet werden. Wir senden ihnen eine große Menge Getreide, welches sie dazu verwenden um Bier daraus zu brauen. Gibt es irgend einen besonderen Grund, aus welchem anderen Arbeiter ein mildes Getränk entzogen werden soll, um die Arbeiter von Großbritannien mit Bier und Ale zu versorgen?

Der Zufall hat es gewollt, daß diese ganze Sache am 8. Mai im britischen Parlament klar dargelegt wurde. Dr. Addison, der britische Munitionsminister, erklärte, daß der britische Getreidebedarf für Ernährungszwecke 600,000 Tons den Monat betrage. Er erklärte ferner, daß die Produktion von Bier wesentlich beschränkt worden sei. Die Anforderungen der britischen Brauereien für das kommende Jahre, sagte er, würden nur 600,000 Tons Getreide betragen. Es ist ein eigenartliches Zufallstreffen von Umständen, daß die niedrigste Ziffer, auf welche Großbritannien seinen Getreidebedarf zu Brauereizwecken für 1917 genau derselbe Betrag ist, welchen es jeden Monat gebraucht, um seine Bevölkerung zu ernähren. Mit anderen Worten, der Getreidebedarf eines Monats muß importiert werden, um die britischen Brauereien zu versorgen. Diese 600,000 Tons Getreide sollen dazu dienen, um 10,000,000 Barrels Bier für Zivilkonsum zu brauen. Die Brauereien können außerdem noch eine große Quantität Bier brauen, um den großen Bedarf der Armee und der Flotte zu decken.

Wo kommt dieses Getreide nun her? Jedermann weiß, daß es aus den Vereinigten Staaten kommt. Die argentinische Ernte ist ein Fehlschlag. Die australische Ernte ist zu weit entfernt und es stehen keine Schiffe zur Verfügung um sie zu befördern. Die kanadische Ernte ist auch sehr knapp, da es an Mähdrahtern fehlt, indem dieselben entweder an der Front oder in Munitionsfabriken tätig sind. Es bleiben somit nur die Vereinigten Staaten übrig, um das Getreide zu liefern, aus welchem britisches Bier gebraut werden soll. Mit anderen Worten, man muß unseren Arbeiter zu, daß sie auf eines ihrer täglichen Lebensbedürfnisse verzichten, damit die Arbeiter von Großbritannien nur ja nicht beeinträchtigt werden. Es ist das eine Forderung, welche an das Völkerrecht grenzt.

Um die 600,000 Tons Getreide, welche die britischen Arbeiter verlangen, um daraus ihr Bier zu brauen, nach Großbritannien zu schicken, würden 100 von durchschnittlich 6,000 Tons nötig sein. Diese Schiffe würden also nicht zur Verfügung stehen, um Weis oder Lebensmittel nach England oder für unsere eigenen Truppen, welche in Frankreich kämpfen, zu befördern. Deren Bedarf würde von Getreide, Weis, Reis oder Mais für die britischen Brauereien in Anspruch genommen werden. Dr. Addison weiß dies alles. Angesichts des britischen Mangels an Schiffen, der Abwesenheit von Schiffen durch die deutschen U-Boote, dem bedenklichen Mangel an Lebensmitteln, welchen Großbritannien sich gegenüber sieht, muß eine dringende Notwendigkeit dafür vorliegen, daß auf diesen bestehenden Impart für Brauereizwecke bestanden wird. Und diese Notwendigkeit liegt vor. Die britische Regierung mag es nicht, ihren eigenen Arbeitern in ihren Munitionsfabriken einen Artikel zu entziehen, welchen diese als ein Lebensbedürfnis betrachten. Das hat Dr. Addison selber in folgenden Worten ausgeprochen:

„Wie das Haus wohl weiß, bin ich nie ein Verteidiger des Biergeschäfts gewesen. Niemand würde mich dessen befähigen, aber zur gleichen Zeit möchte ich erklären, daß es durchaus nicht genügt zu sagen, daß das Volk sich das Bier enthalten soll. Das ist keine Antwort für den Munitionsarbeiter, der den Mann, welcher an den Hochöfen arbeitet und welcher sein Glas Bier verlangt. Ich kann keinen Grund einsehen, warum sie es nicht haben sollen. Unter allen Umständen kann es nichts helfen, wenn wir unserer Augen dieser Forderung schließen.“

Als Munitionist... hier wird dies mir jeden Tag vor Augen geführt und wenn Mitglieder dieses Hauses diesen Konsum von Bier hemmeln, dann sollten sie nicht vergessen, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung gegenwärtig sehr ermüdende und schwere Arbeit verrichtet, Leute, welche dann gewohnt sind, nach des Tages Last und Arbeit ihr Glas Bier zu haben, und diese Leute, soweit sie mit Schwerarbeit beschäftigt sind, werden darauf, daß sie es erhalten.“

So lange nicht in allen Ländern unserer Verbündeten totale Prohibition eingeführt ist, läßt uns dieses Gebot des Verbotes der Herstellung von Bier in Amerika, um die Alliierten damit zu versorgen, einstellen. Aber selbst wenn dort die Prohibition eingeführt wird, dann wird derselbe Grund nicht in Amerika bestehen. England wird nur aus dem Grunde Prohibition haben, weil es nicht genug Schiffe bekommen kann, um den Krieg weiter zu führen und gleichzeitig Getreide und Mais für die Brauereien zu importieren. Wenn die Landboote die Handelsflotte der ganzen Welt soweit vernichtet haben, dann wird der amerikanische Farmer als die Hüter für sein Getreide brauchen, welche er bekommen kann. Die ausländischen Märkte werden dann so schnell schwinden, daß wir alle die einheimischen Märkte, welche wir finden können, willkommen heißen werden.

Trotz all dieser unüberleglichen Gründe scheinen nach den jüngsten Vorgängen im Kongreß unsere Prohibitionisten mit ihren rabiaten Forderungen der Kriegsprohibition Aussicht auf Erfolg zu haben. Es geht in unserem Lande täglich toller zu. Die Führer des Volkes haben anscheinend nicht nur das Gleichgewicht, sondern auch den Verstand verloren.

So muß' es kommen.

Die Regierung verlangt vom Kongreß die Annahme einer „Bill“, die ihr vollständige Kontrolle über die Nahrungsmittelherzeugung und die Verteilung geben würde. Ein solches Gesetz wird für durchaus notwendig erklärt, der Preissteigerung durch Spekulationen und Wucherer ein Ende zu machen und unerschwinglichen Preisen, schmerzlichen Mangel und der Gefahr einer Hungersnot, bzw. allgemeinen Zuständen vorzubeugen. Die Regierung strebt ferner nach voller Kontrolle der Kohlengewinnung und -Verteilung und erklärt eine Art Verstaatlichung oder Verbundlichung aller Eisenbahnen für notwendig. Die Bundes-Handelskommission verlangt die Übernahme aller Zeitungspapiermühlen durch die Regierung. Der Sekretär Daniels berief die Mitglieder der nationalen Handelskommission zu einer Konferenz, in deren Vorläufe er sie beauftragte, sofort die Gewinnverluste aller in der Munitionsfabrikation und im Schiffbau benötigten Rohstoffe festzustellen, damit von Seiten der Regierung die Preise festgesetzt werden könnten, die gespart werden sollen. In allen Fällen sollen für Nahrungsmittel wie für Kohlen, Eisenbahntransport, Kupfer, Stahl, usw., alle Preise angelegt und gesteuert werden, die die Gewinnverluste und alle die nötigen Abschreibungen decken und einen gerechten Profit einschließen. Es soll, in den Worten des Sekretär Daniels, „den Produzenten ein liberaler Profit erlaubt werden, aber mehr nicht!“

Der Kongreß fröhlich sich noch gegen diese Forderungen der Regierung, über die Nahrungsmittelkontrolle-Bill ist ein heftiger Kampf entbrannt; sie wird aller zweifellos schließlich Annahme finden. Und auch den anderen Forderungen der Regierung wird der Kongreß fasthieben, so lange die Unmenschlichkeit, der all dies Schöne zu danken ist, fort dauert, solange der Krieg währt und der soll ja — so hat man — fortgeführt werden bis zum bitteren und letzten Ende: der nötigen Niederwerfung und Betrümmung der Neutralität.

Der Regierung aus ihrem Verlangen nach Gesetzgebung, welche ihr die völlige Beherrschung der Lebensmittelproduktion und -Verteilung, der Kohlengewinnung und -Verteilung, des Eisenbahnwesens des Landes, der Preise für Kupfer, Eisen und Stahl, usw., um geben würde, einen Vorwurf zu machen, das wird nicht angehen. Man kann getrost annehmen, daß sie nicht ganz solche Forderungen stellt, die unsere ganzen bisherigen Wirtschaftspraktiken schmerzhaft unterlaufen und den Individualismus,

der bislang der Herrgott oder Göze „Amerikas“ war, „ruchlos“ mordet. Sie muß fordern, was sie fordert. Sie muß finden, alle Lebensmittel des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen; denn das Land läuft Gefahr, von dem notwendigen Vorrat entblüht zu werden. Überall auf dem Erdrund herrscht Knappheit, überall in Europa großer Mangel. In den neutralen Ländern und in denen der Alliierten, und die Neutralen wie die Alliierten haben Geld genug, zu höheren Preisen zu kaufen als die Waflie des amerikanischen Volkes, plus Spekulationen- und Wuchererprofit, zahlen kann. Die Neutralen dank ihrem profitreichen Kriegshandel. Die Alliierten dank der Freigabe Amerikas. Die Regierung hat sich verpflichtet, die „Alliierten“ zu liefern; sie wird sich auch noch ihrer Pflicht, das eigene Volk zu schützen, erinnern. Es ist nicht denkbar, daß sie sollte denken können: Er ist die Alliierten, dann das eigene Volk. Sie wird, wenn nicht aus Pflichtgefühl, sondern aus ureigenstem Interesse, vor allem dafür sorgen wollen, daß Amerika zu halbwegs annehmbaren oder erschwinglichen Preisen mit den nötigen Lebensmitteln versorgt bleibe.

Aus demselben Grunde wird sie die Kontrolle über den Kohlenmarkt und die Kohlenverteilung antreiben und — wenn der Krieg andauert — schließlich die volle Kontrolle über die Stahl- und Eisen, Kupfer, und jegliche andere Metallgewinnung erlangen müssen. Denn das Bedürfnis der Regierung allein an Kohlen, Eisen, Stahl, Kupfer usw. ist ungeheuer groß; gleichviel, ob nun im Herbst oder übers Jahr, oder gar nicht, größere und große Truppenmassen nach Frankreich geschickt werden. Es ist notwendig, eine starke Armee und große Vorräte an Kriegsmaterial jeglicher Art zu schaffen, denn Amerika hat noch andere und viel gefährlichere, drohendere Feinde als Deutschland und muß sich in die Lage setzen, ihren Eroberungen und Unerschämtheiten entgegenzutreten zu können.

Ebenso groß, oder noch größer ist das Bedürfnis des friedlichen Geschäfts des Landes an Rohstoffen jeglicher Art. Und ebenso dringend wie die Aufgabe, für die Sicherheit des Landes gegen den offenen oder geheimen feindlichen Feind zu sorgen, ist für die Regierung die Aufgabe, dem Geschäft des Landes die Betriebsmöglichkeit und -Aust zu erhalten. Es wird nichts nützen, ein weiteres Steigen der Rohstoffpreise zu verhindern, wenn großen Industrien durch die maßlosen Verteuerung ihrer Rohstoffe der Betrieb unmöglich und durch enorme Verteuerung und andere Erhöherungen der geschäftliche Unternehmungsgeist lahmgelegt wird. Denn mer keine Arbeit hat, wird auch die „berufligeren“ Preise nicht zahlen können.

Alles, was die Regierung jetzt fordert, wird ihr bewilligt werden müssen. Und mehr dazu. Sie wird dadurch zu einer Autokratie werden, wie die Welt eine solche nie zuvor sah. Man wird über die autoritative Republik spotten, wie werden uns selbst verpöhlen — aber wir werden niemanden und nichts anderes mit Recht dafür verantwortlich machen können als den Krieg. Der Krieg, der früher in so schrecklicher Gestalt gezeichnet wurde in unserer Fiktion, und diese Fiktion heute verherrlicht, in Wort und Bild preis als den Bahndreher für Frauentumult, Prohibition, Demokratie und Nahrungsmittelkontrolle, den Wegwinger von Schicksal, Schicksal, Brotwucher, Politik, Autokratie und Plutokratie! — „Chicago Abendpost“.

FRENCH-CANADIAN OPINION ON ENGLAND'S WAR

„LE CANADA“.

„Several of our Ministers at Ottawa declare themselves ready to disorganize Canada to satisfy the medley jingoistic element. One talks of going as far as bankruptcy, the other of pulling up all the rails of our railways, the third of going to the very last man. The prosperity of Canada signalized by intensive production will do more for the Allies than to pile up indefinitely the already considerable figure of our army or to throw into the conflict all our resources in a state of panic.“

„LE DEVOIR“.

In an article entitled „The Problem of the Race—Two Concepts of Patriotism“, M. Bourassa, in Le Devoir, declares that there actually exists between the Anglo-Canadians and French-Canadians „a deep line of cleavage“. It is not to „demagogues“ that one should turn for the cause of this condition, but of the fundamental differences of viewpoint of the two races. The development of this difference of point of view could be traced through a century and a half of history. Since the English conquest there has been a divergence of opinion and of aspiration between the races. Was it reasonable or possible to expect that French-Canadians and Anglo-Canadians could have common thought or common effort when it was remembered that there resided simultaneously on Canadian soil a compact of nearly 2,000,000 Canadian citizens of pure French race and heterogeneous races of nearly 5,000,000 English-speaking people, of whom a quarter was not of British origin. The French-Canadians, it could not be too often repeated, were exclusively Canadians, and had no other country but Canada. They recognized toward other countries at all times and in all places, those duties which are incumbent alone on the citizens of those countries. Separated from France for 150 years, first by the conquest and perhaps even more by the French Revolution, they had conserved toward their country of origin a sincere affection, but they did not feel themselves obliged to fight for France any more than the French of Europe would feel themselves under an obligation to fight for Canada if civil war broke out here, or if the whole of Canada were attacked by the United States or Japan.

When French propagandists were sent out to preach the French-Canadians' duty toward France, the latter felt the same impatience which would be felt in Brussels or Geneva if the French made the same attempts there.

With regard to England, French-Canadians believed themselves bound by all duties which resulted from the constitution. The agreement, half a century old, arranged between the Imperial Government and the Canadian Government and the respective constitutions of the two countries' international order—but by nothing else. For half a century their leaders in all fields of thought had taught them that they had no other duty to perform than to defend Canadian territory when it was attacked. These same leaders had constantly repeated that England, sole mistress of the international policy of the Empire, was alone under the obligation of waging imperial wars. As long as this conception was accepted throughout the whole of Canada, there was no hinting of trouble between the two races.

The great influx of British immigration had, however, disturbed the balance, and the Canadian nation had entered into the war divided both within itself and upon sentiment with regard to Great Britain and her Allies. The majority of the leaders of the French-Canadians had undertaken the task of consolidating their compatriots in aid of the cause of Britain and her Allies. They had not succeeded, and they could not succeed because one could not change in a moment the mentality of a people, its temperament and its ideas, particularly when it was attempted to teach a doctrine radically opposed to that which had been preached as the one true one during the last century and a half.

THE FORUM!

LET'S NOT MAKE ASSES OF OURSELVES.

Omaha, June 19, 1917.

To the Editor:—

Just because we are at war with Germany is no reason why we should make blooming asses of ourselves in trying to belittle the accomplishments of the German people. It does not get us anywhere with our German-American citizens at home and surely will not help us win the war. England, who feels the wrath of the enemy in a way that we never shall, is not so childish as we are. For instance, the president of the Board of Education of Great Britain has given notice in the House of Commons that as soon as possible Great Britain will adopt the German system of national education, which he says is „admittedly not only more thorough in conception than the English but has

yielded to Germany a rich harvest of social and economical benefit“.

This is in glaring contrast to the attitude many Americans are taking in regard to anything German. This action of the National Board of Education of Great Britain is respectfully submitted to the University of Omaha that is reported to have permitted a silly young woman to call down one of her professors for his tergiversity in stating that the German system of education was rather commendable. We lose with every exhibit of prejudice, narrow-mindedness and provincialism. We are not going to win the war by sticking out our tongue at Germany nor by wagging our tongues either.

Respectfully,
HARRY DIETZ.

Wir müssen alle unseren Teil an den Kriegesfortschritt tragen, folgen die Demagoguen. — Da wollten sie ihren Teil auf das Pusillus abgeben!

Deutschlands Zukunft!

Wie sah Professor Sano Francke die zukünftige Entwicklung Deutschlands denkt.

Unter den Ausprägungen des „Deutschen Vereins der Universität von Pennsylvania“, welcher sich aus Studenten zusammensetzt, die die deutsche Sprache und Literatur zu ihrem Studium gemacht haben, reißt sich dafür interessieren, hielt Professor Sano Francke von der Harvard-Universität, der Kurator des „Germanischen Museums“ daselbst, in Philadelphia in der „Houston Hall“, dem Versammlungs- und Klublokal der Universitäts-Studenten, einen Vortrag über „Deutschlands Zukunft“.

Im Beginn seiner Ansprache wies der berühmte Gelehrte und intime Kenner der deutschen Geschichte auf die bemerkenswerten Ereignisse und den Opfermut des deutschen Volkes hin. Er hob hervor, daß die Sozialdemokraten so patriotisch sich betätigt hätten, wie andere Parteien, daß ihre Gewerkschaften für die Dauer des Krieges alle Streiks unterlassen und der Regierung bei der Lösung schwieriger Arbeitsprobleme die wirksamste Unterstützung leisteten.

Prof. Francke wandte sich alsdann der Frage zu: Welche Aussicht eröffnet diese außerordentliche Schaufführung eines gemeinsamen Volkswillens für Deutschlands Zukunft? Zunächst gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Krieg nicht mit der politischen und wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands enden wird. „Aber selbst“, fuhr er fort, „wenn die deutschen Waffen—was glücklicher Weise unabweislich ist—schließlich durch eine Uebermacht an Mannschafft und Geld überwunden werden sollten, so wird der deutsche Geist übrig bleiben und unverzagt sich an die Schaffung nationaler Verhältnisse machen, würdig eines Volkes, das in so wunderbarer Weise diese ohne Gleichen dastehende Probe väterlicher Tüchtigkeit und Tapferkeit bestanden hat.“

Prof. Francke glaubt, daß sich in Deutschlands öffentlichem Leben der Zukunft der Wunsch und das Streben zu erkennen geben werden; ein neues und besseres Deutschland aus dem Welterbrand unserer Tage entstehen zu lassen. Darauf werde jetzt schon inmitten des Krieges mit aller Macht hingearbeitet. Der deutsche Arbeiter selbst ist erfüllt von dem brennenden, geistlichen und vergeistigten Deutschland.

Von der deutschen Armee der Zukunft hofft Prof. Francke, falls Abzählung sich nicht durchführen läßt, daß sie noch mehr, wie bisher, ein nationales Institut—ein Volk in Waffen—werden wird mit Ausdehnung vor dem Kriege bestehender Militärisches des Kampfesstandes des Offiziersstandes und der Ausschließung von Juden und Madralen aus seinen Reihen. Prof. Francke's Ansicht nach wird eine größere Demarkationierung dazu beitragen, daß die ganze Armee sich nicht mehr als abgelehnt von der Zivilbevölkerung oder ihr sogar überlegen fühlen wird, sondern identisch mit ihr und als Dienstgenosse auf demselben Niveau mit anderen organisierten Körperlichkeiten der öffentlichen Wohlfahrt und Produktion.

Ein zweiter Wechsel von vitaler Wichtigkeit, der Prof. Francke's Ansicht nach durch den Krieg herbeigeführt werden wird, dürfte in den Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung zu Tage treten. „Es scheint mir unabweisbar“, daß das deutsche Volk, dem zufolge die Regierung über der großen Menge der Parteien steht und durch beständig sich verändernde Kompromisse mit allen Parteien arbeitet, im Ganzen genommen sehr wirksam gewesen ist. Aber die letzte Konsequenz einer nichtparteilichen Regierung wäre in Deutschland noch nicht gezogen worden; sie bestrebe darin, daß sämtliche großen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, im Ministerium vertreten sein müßten. Professor Francke's Ansicht nach wird nach dem Kriege auch diese „unabweisbare Forderung eines wirklichen Koalitions-Ministeriums“ erfüllt werden. Erst dann würde das fröhliche Eintrachten der völligen deutschen Einigkeit angenommen sein. Es würde eine schmerzliche Anerkennung der Monarchie seitens der Sozialdemokraten bedeuten und aus dem Leben des deutschen Parlaments die heilige und untrügliche Parteilichkeit ausschalten, welche es so oft erbittert hat.

Damit in Verbindung würde eine Wahl-Gesetze und Wahlbestimmungen der Reichstag und Wahlbestimmungen für Reichstag und Landtage der Einzelstaaten kommen. Bei der Reueinteilung der Reichstagswahlbezirke würde dem enormen Wachstum der fähigen Bevölkerung, die bisher keine angemessene Vertretung habe, besser entgegen kommen. In Bezug auf den Reichstag der Einzelstaaten, namentlich Preußens und Sachsens, für welchen das Wahlrecht beschränkt ist, würden Wahl-Reformen eingeführt werden, um auch für ihn wie beim Reichstag allgemeines Wahlrecht zu sichern, trotzdem die Landtage stets für das öffentliche Wohl und öffentliche Verbesserungen eingetreten seien und viel weniger von selbstischen Interessen beherrscht wären, wie manche unserer Staats-Registaturen.

Die dritte Frage der inneren Politik, welche in den letzten Jahrzehnten die öffentliche Meinung in Deutschland beschäftigt hat, und vielleicht noch die auswärtigen Interessen der deutschen Volksstimme, hat mit der Stellung des Beamtenstandes im deutschen Leben zu tun.“ Prof. Francke führt aus, daß die deutsche Bürokratie trotz aller Anfeindungen im Besonderen nichts Anderes sei, als eine Herrschaft von Experten, die für den öffentlichen Dienst geschult und kontrolliert und mit weitreichender Machtbefugnis und Verantwortlichkeit in dem von ihnen gewählten Wirkungsbereich ausgeübt seien. Eine Herrschaft von Experten wäre aber entschieden einer solchen von „Vorgesetzten“, der „Hochschule“ oder gar des „Mobs“ vorzuziehen. Das deutsche Beamtenwesen hätte glänzende Beispiele von Unbeholfenheit, Unfähigkeit, gewissenhafter Arbeit, bürgerlicher Tapferkeit, Verantwortlichkeit Energie und Fortschrittlichkeit geliefert, wie die Bürgermeister der deutschen Städte. Die deutschen Staatsbeamten ständen hinter denen der Städte zurück. Der deutsche Bürokrat möge vielleicht bisweilen abstoßend und hochfahrend sein und einen Kaltenberg entwickelt haben, aber im Großen und Ganzen wäre er doch stets ein tüchtiger Diener des Volkes gewesen. Der Redner gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß nach dem Kriege das deutsche Beamtenwesen liberalen Gesinnungen sich zugänglich erweisen würde. Die Regierung würde sich ihre Experten für den Beamtenstand aus Männern aller Parteien suchen. Sie würde von ihrem Veto-Recht bei der Ernennung von Bürgermeistern nur selten Gebrauch machen. Sie würde der politischen Affiliation der Oberbäuerlichen den weitesten Spielraum geben und bei der Auswahl von Kreisrichtern und Landräten provinziellen und traditionellen Konzeptionen nachgeben. „Sie wird dem diplomatischen Dienst neues Leben einflößen, indem sie häufiger als bisher hervorragende Geschäftsleute und ausgezeichnete Gelehrte dazu beruft. Das Beamtenwesen wird, ohne die Autorität von Sachverständigen zu verlieren, menschlich näher gerückt und hofständlicher werden, und damit wird eine weitere Grundmauer beim Aufbau des neuen Deutschland gelegt werden.“

„Wie alle deutschen Parteien und alle gesellschaftlichen Klassen haben auch die Kirchen, besonders die katholische und die protestantische, in dem großen Kriege Schulter an Schulter gestanden. Das Jahr 1917 wird eine ungewöhnliche Gelegenheit zur Demonstration gegenseitiger Anerkennung und gegenseitigen Respektes geben, denn es wird das Jubiläum der Reformation bringen.“ Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einer nationalen Friedensdemonstration darüber kommen würde, daß endlich der Jivieplatt überdrückt worden ist und daß Millionen von Katholiken und Protestanten für dieselbe Sache ihr Blut vergießen haben. Während des Krieges hätten Millionen und Abermillionen von sogenannten Nichtgläubigen die Ueberzeugung gewonnen, daß sie im innersten Herzen religiös seien. Sie wären gegen Aippen-Gottesdienst und für religiöse Unabhängigkeit. Sie mit Hilfe des Staates der einen oder der anderen Kirche anzugliedern, würde ein Versuch sein, der für Entwicklung des zukünftigen Deutschland von den schlimmsten Folgen sein würde. Nichts würde für Deutschland ein größerer Segen sein, als eine Trennung von Kirche und Staat.

Nachdem der Redner kurz davon gesprochen hatte, daß auch das deutsche Schul-System trotz seiner Unzulänglichkeit und Unfähigkeit noch Reformen unterworfen werden könnte, wandte er sich der nationalen Mission von Literatur und Kunst zu. Schüler hätte in seinem „Arie über öffentliche Erziehung“ auf deren nationale Mission hingewiesen. Der Krieg würde der idealistischen Tendenz der deutschen Kunst und Literatur einen größeren Impuls geben. Die Schrecken und Leiden des Krieges würden in poetischer und künstlerischer Form und in geläuterter und verklärter Art fortleben. Eine Menge anderer Probleme würde nach dem Kriege für Deutschland zu lösen sein. Als das gewaltigste dieser Probleme wäre die Weiterführung und der Ausbau der sozialistischen Gesetzgebung zu betrachten, in

Deutschches Theater im Deutschen Hause!

Morgen, Sonntag nachmittag wird die beliebte urkomische Schwalbe „Der liebe Onkel“ aufgeführt.

Der von den vielen Theaterfreunden heiß ersehnte Tag, da ihnen wieder einmal die Gelegenheit geboten wird, sich an einer deutschen Theatervorstellung zu ergötzen, steht vor der Tür, denn morgen, Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, gelangt im Deutschen Hause der lustige Vierakter von Robert Kneifel „Der liebe Onkel“ zur Aufführung.

Der sich einmal so richtig auskosten und die Sorgen des Alltagslebens vergessen will, veräume es nicht, sich diese Vorstellung anzusehen. Die Probe wird seit Wochen im Gange, und alle Mitspielenden sind mit Lust und Liebe bei der Sache. Freitag abend fand die Generalprobe statt, und nach derselben zu urteilen, steht den Besuchern eine glatte, abgerundete Vorstellung in Aussicht.

Die Eintrittspreise betragen 50c für Herren und 25c für Damen und die Eintrittskarten berechnen sich auf den am Abend stattfindenden Ball. Die Träger der „Omaha Tribune“ werden den Verkauf heute und morgen Eintrittskarten zum Verkauf anbieten, und man möge von dieser Gelegenheit besten Gebrauch. Der Reinertrag fällt beifällig der Kasse des hiesigen Ortsverbandes zu.

Personenergebnis:

- August Sellborg, Lehrer in einem Landstädtchen. Fritz Rieth, Elise, dessen Frau. Prof. Agathe Weinhart, Nemagen, des Lehrers Kasse. Prof. Margareth's Kinder. Verhoff Eichmann, Förster. Georg Kleine. Nat Bornhoff. Axel Dreves, Hünling, Rißler. Ernst Ruckh, Lotte, Köchin bei Sellborg. Prof. Frieda Meese. Carl, Kellner, deren Vorkämpfer. Anton Guttschick, Almdorf. Prof. Elsa Meese. Regie: Ernst Ruckh. Ort der Handlung: Des Lehrers Wohnung in einem Landstädtchen nahe Berlin.

Vorzügliches musikalisches Programm.

Es dürfte die Leser auch ganz besonders interessieren, daß der Beginn der Vorstellung und während der Zwischenpausen von Ernst Meese's renommierter Orchester das folgende treffliche Programm zur Durchführung kommt: Orchesters-Marsch — „Stars and Stripes for ever“ — „Sovla Cuvertüre aus Orpheus“ —

- Zwischen 1. und 2. Akt. Walzer — „Wiener Blut“ — „Sitauß Zwischen 2. und 3. Akt. Selektion aus „Hobemaus“ — Strauß Zwischen 3. und 4. Akt. Jmmoresc! — Dvorak

möcher Deutschland auch bobn-brechend gewirkt habe. Die Stürmen müßten geregelt werden; es dürfe nicht mehr vorankommen, daß ein Junggeheule ohne Anhang dieselbe Einkommenerwerb zahlt, wie ein Vater von zwölf Kindern. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die durch den Krieg veranlaßten riesigen Menschenverluste einigermaßen wenigstens wieder ausgeglichen werden. Dazu aber sei die Schaffung von Wohnungen notwendig, welche zahlreiche und gesunde Nachkommenschaft ermöglichen. Es müßte für bessere Wohnungen, für Regulierung der Löhne und Arbeitszeit, für den Schutz der Schwachen, Verstaatlichung großer Industrien, wie des Kohlenbaus, für Arbeit für die Volkshausungslosen und Ähnliches mehr gefordert werden. Prof. Francke gab auch der Ansicht Ausdruck, daß nach dem Kriege die Stellung der Frau in Deutschland eine völlig andere werden und ihr das Stimmrecht, wenn auch in etwas geänderter Form, eingeräumt werden würde.

Er schloß, wie folgt: „Sin Zivildienst, Gesellschafts, Militär, Regierungs-, Parlaments-, Religions-, Erziehungs- und Kunst-Religionen wird ein neues Deutschland erleben, nicht ein Deutschland, das beständig rummelt die Vergangenheit heraufbeschwört, sondern ein Deutschland, das die letzten Konsequenzen der Prinzipien acht, welche seine Vergangenheit gelehrt haben und es jetzt aufrecht erhalten: in seiner Stunde der größten Not und in der gewaltigsten Probe seines wahren Wertes.“

In Wallstreet ist die Freiheit anleide gestern schon unter Pavi gehandelt worden. Für Wallstreet ist die Anleide eben weiter nichts als ein Geschäft. Und nur ein Geschäft. Die Regierung „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ hat erst seit Kriegsausbruch ihre vollste Bedeutung erlangt.

Der von den vielen Theaterfreunden heiß ersehnte Tag, da ihnen wieder einmal die Gelegenheit geboten wird, sich an einer deutschen Theatervorstellung zu ergötzen, steht vor der Tür, denn morgen, Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, gelangt im Deutschen Hause der lustige Vierakter von Robert Kneifel „Der liebe Onkel“ zur Aufführung.

Der sich einmal so richtig auskosten und die Sorgen des Alltagslebens vergessen will, veräume es nicht, sich diese Vorstellung anzusehen. Die Probe wird seit Wochen im Gange, und alle Mitspielenden sind mit Lust und Liebe bei der Sache. Freitag abend fand die Generalprobe statt, und nach derselben zu urteilen, steht den Besuchern eine glatte, abgerundete Vorstellung in Aussicht.

Die Eintrittspreise betragen 50c für Herren und 25c für Damen und die Eintrittskarten berechnen sich auf den am Abend stattfindenden Ball. Die Träger der „Omaha Tribune“ werden den Verkauf heute und morgen Eintrittskarten zum Verkauf anbieten, und man möge von dieser Gelegenheit besten Gebrauch. Der Reinertrag fällt beifällig der Kasse des hiesigen Ortsverbandes zu.

Personenergebnis:

- August Sellborg, Lehrer in einem Landstädtchen. Fritz Rieth, Elise, dessen Frau. Prof. Agathe Weinhart, Nemagen, des Lehrers Kasse. Prof. Margareth's Kinder. Verhoff Eichmann, Förster. Georg Kleine. Nat Bornhoff. Axel Dreves, Hünling, Rißler. Ernst Ruckh, Lotte, Köchin bei Sellborg. Prof. Frieda Meese. Carl, Kellner, deren Vorkämpfer. Anton Guttschick, Almdorf. Prof. Elsa Meese. Regie: Ernst Ruckh. Ort der Handlung: Des Lehrers Wohnung in einem Landstädtchen nahe Berlin.

Vorzügliches musikalisches Programm.

Es dürfte die Leser auch ganz besonders interessieren, daß der Beginn der Vorstellung und während der Zwischenpausen von Ernst Meese's renommierter Orchester das folgende treffliche Programm zur Durchführung kommt: Orchesters-Marsch — „Stars and Stripes for ever“ — „Sovla Cuvertüre aus Orpheus“ —

- Zwischen 1. und 2. Akt. Walzer — „Wiener Blut“ — „Sitauß Zwischen 2. und 3. Akt. Selektion aus „Hobemaus“ — Strauß Zwischen 3. und 4. Akt. Jmmoresc! — Dvorak

möcher Deutschland auch bobn-brechend gewirkt habe. Die Stürmen müßten geregelt werden; es dürfe nicht mehr vorankommen, daß ein Junggeheule ohne Anhang dieselbe Einkommenerwerb zahlt, wie ein Vater von zwölf Kindern. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die durch den Krieg veranlaßten riesigen Menschenverluste einigermaßen wenigstens wieder ausgeglichen werden. Dazu aber sei die Schaffung von Wohnungen notwendig, welche zahlreiche und gesunde Nachkommenschaft ermöglichen. Es müßte für bessere Wohnungen, für Regulierung der Löhne und Arbeitszeit, für den Schutz der Schwachen, Verstaatlichung großer Industrien, wie des Kohlenbaus, für Arbeit für die Volkshausungslosen und Ähnliches mehr gefordert werden. Prof. Francke gab auch der Ansicht Ausdruck, daß nach dem Kriege die Stellung der Frau in Deutschland eine völlig andere werden und ihr das Stimmrecht, wenn auch in etwas geänderter Form, eingeräumt werden würde.

Er schloß, wie folgt: „Sin Zivildienst, Gesellschafts, Militär, Regierungs-, Parlaments-, Religions-, Erziehungs- und Kunst-Religionen wird ein neues Deutschland erleben, nicht ein Deutschland, das beständig rummelt die Vergangenheit heraufbeschwört, sondern ein Deutschland, das die letzten Konsequenzen der Prinzipien acht, welche seine Vergangenheit gelehrt haben und es jetzt aufrecht erhalten: in seiner Stunde der größten Not und in der gewaltigsten Probe seines wahren Wertes.“

In Wallstreet ist die Freiheit anleide gestern schon unter Pavi gehandelt worden. Für Wallstreet ist die Anleide eben weiter nichts als ein Geschäft. Und nur ein Geschäft. Die Regierung „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ hat erst seit Kriegsausbruch ihre vollste Bedeutung erlangt.